

Donnerstag (Vormittag), 6. September 2018

Direction des finances

31 2017.RRGR.741 Motion 278-2017 Krähenbühl (Unterlangenegg, UDC) Mettre un frein à l'explosion des dépenses

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 31: «Ausgabenexplosion durch Ausgabenwachstumsbremse bremsen». Es handelt sich um eine Motion, welche vom Regierungsrat abgelehnt wird. Ich gebe dem Motionär, Grossrat Krähenbühl, das Wort.

Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (SVP). In dieser Session war schon mehrere Male von Vorstössen die Rede, konkret von der Motion Aebi und der Motion Brönnimann, bei denen es darum ging, den Kanton zu dynamisieren und etwas gegen die Wachstumsschwäche zu tun. Dies finde ich grundsätzlich ein berechtigtes Anliegen. Wenn man dies aber umsetzen und wissen will, welches wirklich die Gründe für die wirtschaftliche Schwäche des Kantons sind, muss man hinschauen. Interessanterweise hat man letzte Woche in der Presse einen spannenden Artikel zu diesem Thema lesen können. Und zwar hat die VOL, notabene unsere Verwaltung, auf Einladung der «Berner Zeitung» ein Update des sogenannten Stocker-Risch-Berichts aus dem Jahr 1968 gemacht, der jetzt genau fünfzig Jahre alt ist. Schon damals hatte man die Situation des Kantons Bern analysiert. Experten der VOL haben nun ein paar Schlüsse daraus gezogen. Einen wichtigen Schluss, eigentlich fast einen Hauptschluss, lese ich wortwörtlich vor: «Steuern: Der Berner Ertrag aus den Bundessteuern ist immer noch unterdurchschnittlich, vor allem bei höheren Einkommen ist die Steuerbelastung hoch. Die Steuerschwäche liegt auch am hohen Anteil von Zupendlern, die in anderen Kantonen Steuern zahlen. Überdies ist die Bundesverwaltung nicht steuerpflichtig.» Hier ist von der Bundessteuer die Rede. Aber wir wissen alle: Dort gibt es einen relativ hohen Zusammenhang zwischen Kantonssteuer und Bundessteuer, gerade bei den hohen Einkommen. Tatsache ist also, dass die Steuerbelastung im Kanton Bern hoch ist. Viele Personen wohnen nicht hier, gerade jene der Verwaltung, gerade Kantonsangestellte. Ich kenne auch Spitzenbeamte, die im Kanton Wallis oder im Kanton Fribourg wohnen. Grundsätzlich ist dies legitim, aber man kann sich nach der Motivation fragen. Tatsache ist auch, dass nicht nur die Steuern der natürlichen Personen viel zu hoch sind, sondern auch jene der juristischen Personen. Es gibt den «Swiss Tax Report», und in diesem habe ich gerade die neusten Zahlen nachgeschaut. Gemäss diesen Zahlen sind wir am dritthöchsten, was die Gewinnsteuern betrifft. Wir sind also auch für juristische Personen eine Steuerhölle.

Wenn wir aus diesem Teufelskreis von hohen Steuern, Abwanderung von guten Steuerzahlern und negativen Anreizen für Unternehmen steuertechnisch herauskommen wollen, müssen wir im Steuerhaushalt Spielraum erhalten. Genau hier setzt unser Vorstoss an. Es ist nicht einmal die Idee, dass man im absoluten Sinn spart. Sparen bedeutet weniger ausgeben als im Vorjahr. Dies wird immer wieder verwechselt, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der linken Seite. Sie sprechen immer von sparen, wenn man das Ausgabenwachstum bremst. In diesem Sinn ist dies für mich nicht sparen. Für mich ist gespart, wenn man absolut weniger ausgibt. Hier verlangen wir genau dies, eine gewisse Bremse des Ausgabenwachstums. Leider war das Ausgabenwachstum in den letzten Jahren immer sehr hoch. Ich komme darauf zurück. Interessanterweise sieht dies der Regierungsrat im Grundsatz auch so. Wenn wir die Antwort auf den Vorstoss lesen, lesen wir, «Der Regierungsrat kann das Kernanliegen der Motionäre – die Eindämmung des staatlichen Aufwandwachstums – grundsätzlich nachvollziehen. Auch er nimmt die Aufwandentwicklung in einzelnen staatlichen Aufgabenbereichen mit Besorgnis zur Kenntnis.»

Leider zieht die Regierung nicht die richtigen Schlüsse. Sie verweist auf die Schuldenbremse, was aus ihrer Sicht als finanzpolitisches Steuerungsmittel ausreichend ist. Die Schuldenbremse ist gut. Ich habe nichts gegen die Schuldenbremse. Diese braucht es. Leider aber sorgt die

Schuldenbremse nur dafür, dass eigentlich der Finanzhaushalt auf einem zu hohen Niveau stabil bleibt. Doch kommen wir nicht vorwärts. Wir bleiben stets, zwar in einer labilen, aber hohen Balance, aber auf viel zu hohem Niveau. Wenn wir die Zahlen betrachten, wenn wir rein die Ausgaben des Kantons betrachten – dies habe ich in meiner Motion geschrieben –, lesen wir die Zahl von 8,8 Mrd. Franken Staatsausgaben im Jahr 2006. Im Jahr 2016 waren es schon 10,6 Mrd. Franken. Im aktuellen Jahr sind es 10,8 Mrd. Franken. Dies ist wesentlich mehr als zum Beispiel die Teuerung. Mit der Teuerung wären wir jetzt bei gut 9 Mrd. Franken. Jetzt kann man alles auseinandernehmen und sagen, dass man dies wegen diesem oder jenem nicht machen kann.

Ich gehe auf zwei konkrete Kritikpunkte zu unserer Motion ein. Ein Kritikpunkt ist, das Budget sei nicht jedes Jahr gleich zusammengesetzt. Es gebe zum Beispiel Verschiebungen der Aufgaben, zum Beispiel die neue Zusammensetzung des FILAG. Wir haben dies zwar hier nur teilweise beschlossen. Aber es gibt zum Beispiel Einlagerungen von Kantons- und Gemeindepolizeien, städtischen Polizeien in Kantonspolizeien und so weiter. Dies ist aber kein Grund, um gegen diesen Vorstoss zu sein. Dies kann man kontrollieren. Ich hoffe nämlich nicht, dass die Regierung Aufgaben im Budget aufnimmt, von welchen sie keine Ahnung hat, also subaltern, ohne dass man es irgendwie im Griff hat. Dies kann man kontrollieren, und dies ist genau unsere Forderung an den Regierungsrat, nämlich dass er Vorschläge bringt, wie man dies machen kann. Dann kann man dies berücksichtigen. Es gibt in der Ökonomie den Ausdruck «ceteris paribus», im Übrigen unter Gleichen. Dann macht man es halt so. Ein zweiter Punkt ist, dass die Regierung behauptet – es blinkt, ich muss trotzdem noch etwas sagen –, man könne viele Ausgaben nicht beeinflussen, weil sie gebunden seien. Viele Ausgaben sind gebunden, aber es gibt auch viele gebundene Ausgaben, die wir selber binden. Dort müssen wir Gesetzesänderungen machen. In diesem Sinn schliesse ich und bitte Sie um Annahme der Motion.

Präsident. Es gibt Mitmotionäre, es gibt Fraktionen. Wünscht niemand das Wort? – Doch. Als Mitmotionär oder für die Fraktion? – Gut, zuerst hat für die EVP-Fraktion Grossrat Kipfer das Wort.

Hans Kipfer, Münsingen (EVP). Die EVP sagt Ja zur bisherigen Schuldenbremse. Wir sagen aber Nein zu einer neuen Bremse. Bei einer Bremse, dies sagt das Wort schon, bremst etwas. Wir haben den Eindruck, dass die hier geforderte Bremse die Entwicklung des Kantons Bern bremst und die Geschwindigkeit, wie wir uns im Kanton Bern weiterentwickeln. Oder mit einem anderen Bild gesprochen, ich habe es wohl heute mit den Bildern: Es kommt mir vor, als hätten wir den Auftrag, 100 Leute mit Gehacktem und Hörnli zu verpflegen, aber nur für 50 Leute Fleisch und für 50 Leute Teigwaren zur Verfügung haben. Die Ausgabenbremse enthält aus meiner Sicht zwei Fehlkonstruktionen. Wir haben im Kanton Bern sehr viele fremdbestimmte Aufgaben, welche wir nicht selbst steuern können. Das ist erwähnt worden. Es ist ein Fakt, dass leider ein Grossteil unserer Aufgaben in der Entwicklung fremdbestimmt sind. Man kann diese ausklammern, dann bleibt das, was wir selbst bestimmen können. Wenn wir das, was wir selbst bestimmen können noch über diesen Level legen wollen, wird es am Schluss sehr schwierig. Der zweite Fehler aus meiner Sicht: Genau das, was wir selber bestimmen können, erachte ich es als wichtig, nämlich dass wir diese Aufgaben gezielt steuern und sagen können: Hier braucht es etwas mehr, hier vielleicht etwas weniger. Dies ohne dabei über einen Level zu gehen oder eine Bremse einzubauen und zu sagen, dass wir nicht mehr verfügbar haben. Es ist das gezielte Arbeiten mit dem, was wir haben. Um auf das Bild des Menüs zurückzukommen, welches ich vorhin erwähnt habe: Wir müssen mit den Zutaten umzugehen lernen, die wir haben, und mit dem kochen, was wir haben. Vielleicht ergänzen wir das Menü noch mit Zwiebeln und Karotten, die wir irgendwo haben. Vor allem sollten wir nicht ein Stück Fleisch für einzelne Personengruppen beiseitelegen. Dies führt mich dazu, dass wir den Auftrag haben, eine gute Parlamentsarbeit zu machen im Rahmen der ganzen Prozesse. Wir können die Entscheide hier selber fällen. Wir können selber sagen, dass wir jene Aufgaben, die wir steuern können, übernehmen, während wir es bei einer anderen nicht wollen. Genau dies müssen wir machen: gute Parlamentsarbeit. Dafür brauchen wir nicht eine zusätzliche Ausgabenbremse.

Adrian Haas, Bern (FDP). Der Regierungsrat sagt es. Er nimmt die «Aufwandentwicklung mit Besorgnis zur Kenntnis», wir ebenso. Die Schuldenbremse ist okay. Ich gehörte seinerzeit dieser Kommission an und kenne diese sehr gut. Allerdings konnten sie nicht verhindern, dass der Aufwand stetig wächst und dies übermässig. Oder mit dem Wort von Hans Kipfer gesprochen: Es gibt immer mehr Fleisch und mehr Hörnli, sodass unserer Fitness auf dem Spiel steht. Alle paar

Jahre muss wieder mit einem Sparpaket versucht werden, den übermässigen Wachstumstrend zu brechen. Der Trend ist immer aufwärts, danach wird wieder ein bisschen gespart, und dann geht es wieder weiter, danach wird wieder ein bisschen gespart und dann geht es wieder weiter. Dies ist nicht unbedingt eine nachhaltige Finanzpolitik. Die Motion ist sehr offen formuliert und lässt viel Spielraum zur Erfüllung. Sie will ein langfristiges Instrument, also kein Hott und Hüst oder von Budget zu Budget. Sie will das Wachstum des Volkseinkommens oder eine andere zweckmässige Referenzgrösse. Konkret heisst dies, dass die Aufgaben durchaus noch steigen dürfen, aber eben nicht mehr als Wachstum der Volkswirtschaft. Ich glaube, eigentlich müsste dies ganz allgemein hier drin die Zielsetzung sein, dass man den Staat nicht über das Wachstum der Volkswirtschaft wachsen lässt. Wir sind überzeugt, dass es möglich ist, ein zusätzliches Instrument zur bisherigen Schuldenbremse zu implementieren. Es ist klar, dass dies behutsam und massgeschneidert gemacht werden muss. Aber wir vertrauen unserer FIN und der Finanzdirektorin, dass sie dies machen und uns einen Vorschlag dazu unterbreiten können. Die Erfüllungsfrist der Motion beträgt zwei Jahre. Dies muss möglich sein. Wir sind gespannt, was uns nachher vorgelegt wird. Wir bitten Sie im Namen der einstimmigen FDP-Fraktion diese Motion gutzuheissen.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Die Motionäre wollen zu den bestehenden Defiziten und zur Schuldenbremse noch eine weitere Bremse ins Gesetz beziehungsweise in die Verfassung einbauen. Sie sprechen von einer Ausgabenexplosion. Ich möchte Sie bitten, den Voranschlag und den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) genauer anzuschauen, um zu sehen, was man unter dieser Ausgabenexplosion versteht. In den nächsten vier Jahren, gemäss AFP, nehmen die Aufgaben um 250 Mio. Franken zu. Bei 5 Mrd. Franken beträgt diese Explosion 2 Prozent. Die Einnahmen hingegen betragen 350 Mio. Franken, also mehr als 3 Prozent. Dem sagt man Ausgabenexplosion. Seit der Einführung der Defizitschuldenbremse konnte man Erfahrungen sammeln, und diese Erfahrungen sind durchaus positiv. Unserer Meinung nach bestehen kein Grund und kein Anlass, noch eine weitere Bremse einzubauen. Wir hatten, mit Ausnahme der Rechnung 2012 in den letzten Jahren immer positive Rechnungen. Das Defizit von 2012 hat gemäss KV innerhalb der nächsten Rechnungen problemlos kompensiert werden können, ohne Neuverschuldung. Die BDP-Fraktion will keine neuen zentralrechtlichen Vorgaben für weitere Sparmassnahmen und um weitere Lasten aufzuerlegen. Wir sind der Meinung, dass wir genug Hürden haben. Wir wollen uns nicht noch selber mehr Hürden aufbauen. Wenn man in die Rechnungen respektive in den Voranschlag oder den AFP schaut, wo diese Ausgaben sind, die angeblich explodieren, sind diese vor allem im Gesundheitswesen. Ja, was wollen wir im Gesundheitswesen machen? – Den Kranken sagen, sie sollen sich in anderen Kantonen pflegen lassen? Sollen wir im Sozialwesen sagen, dass die älteren Leute den Kanton verlassen und in andere Kantone gehen sollen, weil wir kein Geld mehr für sie haben? Wollen wir bei den Schulen sparen? Bei der Erziehung? – Im Personalbereich haben wir ja bereits eine Motion, welche mit diesen 3 Prozent umgesetzt wird. Deswegen nimmt das Ausgabenwachstum, oder eben diese Ausgabenexplosion, wie sie genannt wird, in den nächsten vier Jahren nur um 2 Prozent zu. Ich bitte Sie, die Motion abzulehnen. Die BDP-Fraktion lehnt diese einstimmig ab.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion, Grossrätin Rüfenacht.

Andrea Rüfenacht, Burgdorf (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion lehnt die Motion einstimmig ab. Dies aus einem ganz einfachen Grund: Eine solche Ausgabenwachstumsbremse wird in der Praxis zu einem automatisierten Leistungsabbau. Dies kann man so in der Antwort der Regierung auch noch lesen. Da sind wir natürlich klar dagegen. Man muss auch sehen, dass die anderen Kantone, die hier erwähnt worden sind, in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt auch ein Ausgabenwachstum von 2 Prozent hatten. Als Vergleich beispielsweise, oder wer weiss, sogar als einigermaßen besser definierter Referenzwert, könnte man dies mit der Zunahme der Krankenkassenprämien im selben Zeitraum vergleichen. Diese lagen im Durchschnitt bei 3,7 Prozent pro Jahr. Es ist eine Tatsache, dass die Teuerung zwar seit Jahren sehr tief ist. Sie ist aber auch immer überdurchschnittlich viel höher für Leute mit kleinen Einkommen. Ein solcher Referenzwert kann man nicht ernsthaft vorschlagen. Sicher, die Staatsaufgaben umfassen deutlich mehr Bereiche. Jakob Etter hat diese gerade aufgezählt. Es sind dies Bildung, Gesundheit, Soziales, gefolgt von der Sicherheit und dem Verkehr. Aber die Leistungen – dies ist jetzt schon klar – werden bei den Schwächsten abgebaut und dagegen wehren wir uns. Die Privatwirtschaft, die Wachstum generieren sollte, wie wir gehört haben, ist sehr wohl auf Staatsleistungen angewiesen,

zum Beispiel auf gut ausgebildete Leute, die auch gesund bleiben oder auf ein funktionierendes Rechtswesen oder auf eine gute Verkehrsinfrastruktur. Es ist wichtig, dass die Wirtschaft hierherkommt und neue Arbeitsplätze schafft. Der Finanzhaushalt des Kantons wird schon mit zwei Bremsen gesteuert. Eine dritte braucht es ganz einfach nicht. Darum lehnen wir die Motion einstimmig ab und bitten Sie, das Gleiche zu tun.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Ich kann mich den meisten Voten meiner Vorrednerinnen und Vorredner, auch jenem von Herrn Jakob Etter von der BDP, anschliessen. Die grüne Fraktion ist klar der Meinung, der Vorstoss sei abzulehnen. Die Begründung der Regierung ist sehr ausführlich und sehr deutlich. Punkt 1: Wir haben bereits heute mit der Schuldenbremse – dies wird in der Antwort der Regierung ausgeführt – ein sehr strenges, restriktives Konzept. Wir haben bereits heute eine sehr restriktive gesetzliche und auch verfassungsmässige Ausgangslage. Es wurde auch von Herrn Etter erwähnt: Was die Entwicklung anbelangt, dort wo der Druck relativ hoch ist, also im Gesundheitswesen, auch in der Demografie, sind wir als Gesellschaft gefordert, Lösungen zu finden. Es ist tatsächlich nicht richtig, nur weil wir immer älter werden, zu meinen, dass wir dies lösen können, indem wir im Altersbereich einfach weniger Leistungen bezahlen. So einfach ist leider auch die ökonomische, volkswirtschaftliche Seite nicht.

Auch relativ problematisch ist die Formulierung des Vorstosses, das heisst, wie man dies umsetzen kann. Das Volkseinkommen wird als Referenzwert genannt. Es gibt bei der VOL eine Statistik, welche das Volkseinkommen pro Kopf im Kanton Bern berechnet. Wir wissen – und dies ist genau eines der Probleme –, dass wir ein relativ tiefes Volkseinkommen pro Kopf haben, weil wir in diesem Kanton Strukturschwächen haben. Es ist sogar gesunken, das Volkseinkommen im Kanton Bern. Das Pro-Kopf-Einkommen lag im Jahr 2015 bei 52 900 Franken, im Jahr 2016 200 Franken tiefer. Wir alle teilen die Einschätzung, dass der Kanton Bern dynamischer werden muss, dass wir uns entwickeln und Probleme angehen müssen. Aber die vorliegende Variante, welche relativ wolkig formuliert ist und auch das ist, was wir nicht richtig finden, ist eine Politikbremse. Wir sind hier als Grossrätinnen und Grossräte gewählt, um thematisch zu diskutieren. Braucht es mehr Ausgaben im Gesundheitswesen? Wie können wir anders regulieren? Wie gehen wir mit der Demografie um? – Dies ist unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker, hier Lösungen zu finden und nicht einfach an der Bremse zu ziehen und zu meinen, der Kanton entwickle sich dynamischer. Darum bittet die grüne Fraktion, den Vorstoss abzulehnen.

Luca Alberucci, Ostermundigen (glp). Wir haben bereits eine Schuldenbremse, und die glp findet diese Schuldenbremse im Grundsatz gut und unterstützt sie. Wir sollten diese weiterhin so haben. Aber eine Ausgabenbremse braucht es aus unserer Sicht nicht, und deswegen werden wir die Motion einstimmig ablehnen.

Vielleicht vier Punkte, die zu dieser Einschätzung führen: Zum einen sagt die Regierung, es gebe technische Überlegungen. Es gibt durchaus Ausgaben, welche beim Einbuchen gleichzeitig zu Einnahmen führen, also sprich Ausgaben, die in der Rechnung netto keinen Ausgaben sind. Solche Geschichten müsste man auch adressieren. Dies ist eine relativ technische Geschichte. Nachher gibt es eine politische Geschichte, und dies ist die wichtigere. Wir haben grosso modo Ausgaben in der Höhe von 10 Mrd. Franken. Von diesen 10 Mrd. Franken sind 3 Mrd. Franken für das Personal. Dazu haben wir einen politischen Auftrag überwiesen, zum einen die Motion Kipfer, zum anderen die Planungserklärung vom letzten November von Kollege Brönnimann. Darin wird gesagt, dass man innerhalb von drei Jahren bei den zentralen Stellen 3 Prozent sparen sollte. Dies ist konkret. Dies ist nicht eine wolkige Motionsforderung, sondern eine konkrete Massnahme. Diese gilt es nun umzusetzen.

Erlauben Sie mir noch eine kleine Präzisierung zu dieser Planungserklärung. Zentrale Stelle bedeutet nicht geografisch zentral, sondern dies bedeutet, dass durchaus auch im Simmental oder im Oberaargau eine zentrale Stelle geführt werden kann, und wie gesagt, diese gilt es zu kürzen. Dies ist aus unserer Sicht ein ganz konkreter Aufgabenauftrag, an dem wir festhalten wollen. Das Dritte sind politische Entscheidungen. Wir haben den anderen grossen Block in unserer Rechnung mit knapp 5 Mrd. Franken, die sogenannten eigenen Beiträge. Diese sind nichts anderes als unsere Entscheidungen, auch Entscheidungen der Motionäre, wenn man seitens des Kantons Geld aufwenden will. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man einen Automatismus einführt und sagt, man habe eine sehr, sehr strikte Plafonierung. Jeder Ausgabenentscheid zugunsten dieser oder jener Anspruchsgruppe führt automatisch zu einer Kürzung bei der anderen Anspruchsgruppe. Es ist schlicht und einfach aus unserer Sicht eine Behinderung des politischen Entscheidungsprozesses. Es ist wichtig, dass man politisch entscheidet. Es ist wichtig, dass man sich bei den politischen

Entscheiden auch überlegt, welche Folgen diese auf der Aufgabenseite haben werden. Allerdings kann es nicht sein, dass man einen strikten Automatismus einführt und danach bei jedem Kreditentscheid überlegen muss, welche Folgen dies für die anderen Entscheide hat. Aus diesen Gründen sind wir einstimmig für die Ablehnung.

Fritz Wyss, Wengi (SVP). Ich versuche nicht, die Dinge zu wiederholen, die wir bereits gehört haben und die angesprochen wurden, auch was den Motionär betrifft. Es wird Sie nicht überraschen, dass die SVP diesen Vorstoss einstimmig annehmen wird. Ich möchte noch ein Thema aufgreifen. Es passt gut, dass ich nach dem Sprecher der glp dran bin. Wir haben eine Interpellation von Grossrat Köppli, «Lohnentwicklung in der Berner Kantonsverwaltung» (I 078-2018). Dies ist eine interessante Interpellation mit interessanten Antworten, die auch einen Punkt aufzeigen, der zu diesem stetigen Ausgabenwachstum beiträgt. All jene, die ich gut kenne, wissen, dass ich jeder Person ihren Lohn gönne, auch auf hohem Level. Damit habe ich kein Problem, wenn die Leistung entsprechend ist, auch bei Organisationen, bei denen ich mitmache. Der Lohn ist für mich nie grundsätzlich ein Problem, nur weil er hoch ist. Darum geht es mir nicht. Aber wie gesagt, diese Interpellation ist sehr interessant. Sie zeigt auf, wo die Treiber dieser ganzen Ausgaben, dieses Wachstumsproblems sind. In unserem Kanton liegen diese nicht beim Kanton, sondern beim Bund. Dies ist einfach ein Fakt, wenn man anhand der Zahlen sieht, dass der Durchschnittslohn beim Bund zwischen 2007 und 2014 gerundet bei 121 000 Franken gelegen hat. Dass wir uns hier in derselben Stadt beziehungsweise in demselben Kanton unter Zugzwang setzen und es auch sind, ist für mich selbstverständlich. Das sehe ich auch. Bei der Interpellation sind die Zahlen vom Kanton sauber geliefert worden. Dies zeigt, dass man nicht übertrieben hat. Dies möchte ich damit auch nicht sagen. Für mich ist einfach klar: Will man in erster Linie das Ausgabenwachstum, welches auch beim Bund stetig steigt und das auch durch die Löhne verursacht wird, irgendwann stoppen, gibt es nichts anderes, als dass der Bund irgendwann einmal richtig auf die Bremse tritt. Es kann niemand behaupten, dass bei solchen Durchschnittslöhnen Probleme vorhanden wären, sodass die Leute in ihrer Existenz gefährdet wären, wenn man dort bremsen würde. Ich spreche nur vom Bremsen. Ich habe nichts von Lohnsenkungen gesagt. Als Beispiel sei der Medianlohn bei der Kantonsverwaltung erwähnt. Sie können dort nachlesen, wen es betrifft und wen nicht. Wir sind bei etwa 98 000 Franken brutto. Wenn man dies mit einem gut ausgewiesenen Handwerker vergleicht, einem wirklich gut ausgewiesenen Handwerker mit jahrelanger Erfahrung, der nicht nur ein Lehrjahr absolviert hat, so liegt dieser mit seinem Lohn irgendwo zwischen 80 000 und 85 000 Franken brutto. Bei 13 Monatslöhnen spreche ich von etwa 6000 bis 6500 Franken. Sie werden mir recht geben: Wenn Sie in ihrem Kollegenkreis fragen, gibt es sehr viele gute Handwerker, die nicht diesen Lohn pro Monat nach Hause bringen. Dort sehe ich einen der Punkte, welche wir auch in Zukunft beachten müssen, sofern wir die Ausgaben bremsen wollen, wie es Samuel Krähenbühl gesagt hat. Es spricht niemand von senken oder sparen, es geht vorerst ums Bremsen. Ich glaube, die Regierung hat dies erkannt, und ich goutiere dies auch. Im Budget sind die Rotationsgewinne enthalten mit diesen 0,8, die wir gehabt haben, plus die Lohnmassnahme von 0,7. Dies gibt neu diese 1,5. Der Dellenausgleich von 0,3 mit der Teuerung ist im Moment nicht vorgesehen. Die Frage ist noch, wie man mit dieser Massnahme umgeht. Dies werden wir aber zu einer anderen Zeit hier diskutieren. Aber grundsätzlich glaube ich, wie gesagt, dass eine der Hauptausgaben des Kantons beim Personal liegt. Wir wollen gutes Personal, und wir wollen es auch gut bezahlen. Aber irgendwann muss man auch anerkennen, dass dies ein Fakt ist. Denn wir bezahlen unser Personal auch gut. Man kann nicht nur immer den Vergleich mit den höchsten Zahlen machen. Ich sage es noch einmal: Der Bund ist ein Treiber. Wenn man bei den Lohnvergleichen noch die Banken einbezieht, so wie ich dies gesehen habe, und wie man jeweils eher über die Banken herzieht, so ist dies manchmal auch fraglich. Ich sage es noch einmal: Die SVP stimmt einstimmig zu beziehungsweise mit etwa einer oder zwei Enthaltungen.

Johann Ulrich Grädel, Schwarzenbach BE/Huttwil (EDU). In der Begründung wird mit Zahlen aufgezeigt, wo die Ausgaben übermässig wachsen. Dies ist keine gute Entwicklung. In der Wirtschaft gibt es sicher ein paar Beispiele, wo die Büroapparate unverhältnismässig gewachsen sind und die Firma nachher Konkurs gegangen ist. Wenn wir in guten Zeiten nur knapp schwarze Zahlen schreiben, wo landen wir dann, wenn die Wirtschaft etwas schlechter läuft? – Deshalb müssen wir jetzt vorsorgen und die Ausgabenbremse ein wenig anziehen. Wenn wir uns der EU annähern, werden sicher die Löhne einmal sinken. Dann wird es weniger Steuereinnahmen geben,

und dann werden wir unseren hohen Verwaltungsapparat nicht mehr zu bezahlen vermögen. Deswegen stimmt die EDU der Motion zu.

Präsident. Als erster Einzelsprecher Grossrat Lanz, SVP.

Raphael Lanz, Thun (SVP). Ich denke, bei diesem Vorstoss geht es um Grundsätzliches. Deswegen sollten wir beim Grundsätzlichen bleiben. Es ist schwierig, wenn wir uns immer wieder, wellenartig mit Sparpaketen und schwierigen Fragestellungen befassen. Es wäre besser, wir hätten einen Finanzhaushalt, in welchem die Ausgaben und Einnahmen langfristig im Gleichgewicht sind. Dies würde nämlich dazu führen, dass wir nicht sparen müssten und uns mit Sparpaketen und so weiter auseinandersetzen müssten. Ich glaube, es leuchtet allen ein, dass die Ausgaben die Einnahmen nicht überschreiten sollten. Wenn dies passiert, verschulden wir uns. Dann muss dies von den künftigen Generationen bezahlt werden, oder wir müssen die Steuern erhöhen. Dies ist in unserer Situation steuerlich und wegen des Standortwettbewerbs wohl nicht so sinnvoll.

Und jetzt, was verlangt der Vorstoss? – Ich bin nicht sicher, ob alle diesen Vorstoss gelesen haben. Er verlangt, dass das Wachstum «der durchschnittlichen Staatsausgaben längerfristig an die Entwicklung des Volkseinkommens oder von anderen Referenzwerten gebunden wird» – längerfristig. Jetzt muss ich zu Kollege Alberucci sagen: Sie haben «strikte Ausgabenbremse» gesagt. Hier steht «längerfristig» drin. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Es ist unsere Verantwortung als Grossrätinnen und Grossräte, dass wir dies machen. Wenn wir diesen Vorstoss annehmen, tun wir nichts anderes als das, wozu wir sowieso schon verpflichtet sind. Es handelt sich nicht um eine grosse Einschränkung. Wenn man dem nicht zustimmt – und da darf ich mich an meinen geschätzten Kollegen Etter wenden –, bedeutet dies, dass man zustimmt, dass die Staatsausgaben mehr erhöht werden als das Volkseinkommen. Sonst könnte man dem ja zustimmen. Wenn sich die Staatsausgaben mehr erhöhen als das Volkseinkommen, führt dies zur Verschuldung oder zu höheren Steuern. Beides ist nicht sinnvoll. Deswegen sollten wir doch längerfristig, genau wie es da drin steht, beides, Einnahmen und Ausgaben, im Griff haben. Deswegen sehe ich es nicht ein. Ich habe mir dies gut überlegt, ich bin auch kein Freund von strikten Regelungen. Es ist derart moderat formuliert, dass man hier etwas Gescheites daraus machen kann. Zu Kollegin Imboden möchte ich sagen: Wenn man das Volkseinkommen nimmt – daran wurde auch noch beim Machen des Vorstosses gedacht; ich war nicht dabei –, so ist dies vielleicht noch nicht der richtige Referenzwert. Es wurde geschrieben, dass «andere zweckmässige und definierte Referenzwert» auch denkbar wären. Viel schlauer kann man dies nicht formulieren. Wenn man dafür ist, dass sich die Ausgaben und Einnahmen langfristig die Waage halten sollen, sehe ich nicht ein, weshalb man dagegen sein kann.

Markus Wenger, Spiez (EVP). Ich habe selbstverständlich dem Votum von Fritz Wyss sehr interessiert und aufmerksam zugehört. Er kommt bei der Beurteilung der Lage, in der wir heute im Kanton Bern stecken, insbesondere beim Personal des Kantons Bern zu einem interessanten Schluss und zwar bei seiner Analyse, dass der Kostentreiber und die Wurzel des Übels an und für sich die Situation beim Bundespersonal sei, welches treibend sei für die Kosten des Staatspersonals. Deshalb habe ich eine relativ einfache Frage an Fritz Wyss. In diesem Vorstoss stehen als Absender die SVP, die FDP und auch noch die EDU. Es gibt im Bundesparlament zwei Parteien, welche die absolute Mehrheit haben, und es gibt eine Partei im Bundesparlament, welche ausnahmslos die grösste Partei ist. Mich hätte interessiert, welches der Zusammenhang ist zwischen der absoluten Mehrheit im Bundesparlament und dem Schadensverursacher Bundesparlament.

Luca Alberucci, Ostermundigen (glp). Ich möchte eine kurze Replik auf das Votum von Kollege Lanz geben. Was er gesagt hat, die längerfristige Sicht, ist sehr vernünftig. Aber das, was er eigentlich gesagt hat, ist durch die Schuldenbremse bereits abgedeckt. Wir haben eine Steuerstrategie. Wir entscheiden über diese. In dieser Steuerstrategie wird klar gesagt, dass man die Einnahmen dämmt. Und wenn man die Einnahmen dämmt und eine Schuldenbremse hat, so sind die Ausgaben entsprechend längerfristig gedämmt. Und aus diesem Grund ist die Motion nicht anzunehmen, weil sie schlicht und einfach, wenn sie längerfristig und sinnvoll angewendet wird, dann nicht nötig ist, weil wir dies schon über die Schuldenbremse abdecken.

Präsident. Ich gebe das Wort der Finanzdirektorin.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Sie konnten es lesen. Der Regierungsrat lehnt den Vorstoss ab, und zwar sehr dezidiert. Ich möchte vier Hauptgründe nennen, weshalb wir zu dieser Erkenntnis gekommen sind. Erster Grund: Das, was hier, mit dieser Motion gefordert wird, hat man vor nicht allzu langer Zeit, im Zusammenhang mit der Schuldenbremse, auch schon diskutiert. Man hat dies verworfen. Zweiter Grund: Der Kanton Bern hat schweizweit gesehen die strengste Schuldenbremse. Dies ist wissenschaftlich bewiesen, man kann es nicht schönreden. Es ist auch gut, dass wir diese Schuldenbremse haben. Ich stehe vollumfänglich dahinter. Dritter Grund: Die Entwicklung des Ausgabenwachstums braucht schon ein bisschen mehr oder ein genaueres Hinschauen. Es ist sehr einfach, von Ausgabenexplosionen zu sprechen und dabei auszublenden, wie dies anscheinend die Motionäre tun, dass der Kanton Bern während den Jahren 2006 bis 2016 viele neue Aufgaben übernommen hat. Teilweise wollte er sie mit den entsprechenden Beschlüssen übernehmen, teilweise mussten wir sie einfach übernehmen.

Und der vierte und für mich wichtigste Punkt: Zur Eindämmung des Ausgabenwachstums braucht es keine neuen Instrumente, sondern es braucht viel mehr. Damit werden Sie nun angesprochen: Es braucht den politischen Willen für das Beschliessen gezielter Massnahmen. Als bürgerliche Politikerin lehne ich es immer wieder ab, Probleme, die entstehen, mit einem neuen Paragraphen zu lösen. Ich wehre mich vor allem dann dagegen, wenn wir eigentlich wissen, wo das Problem genau liegt. Seien wir einmal ehrlich! Wir wissen, wo der Aufwand wächst. Die Motionäre hätten genauso gut einzelne Vorstösse einreichen und die Ausgabenbremse im Zusammenhang mit den Gesundheitsausgaben, den Ergänzungsleistungen oder mit den Ausgaben im Alters- und Behindertenbereich beschliessen können. Und dies, liebe Grossrätinnen und Grossräte, sind die Kostentreiber, nicht das Personal. Wir brauchen nicht noch mehr Technokratie. Wir brauchen auch nicht neue Paragraphen. Wir brauchen Lösungen – Lösungen, die beispielsweise das Kostenwachstum bei den Gesundheitsausgaben eindämmen können. Dies – und dies wissen Sie alle genauso gut wie ich – schaffen wir mit einer Ausgabenwachstumsbremse, welche sehr kompliziert gestaltet werden muss. Wir schaffen es nicht, diese Kosten zu stoppen. Wenn es so einfach wäre, hätte es wahrscheinlich ein anderer Kanton schon längst auch eingeführt. Es ist auch eine Tatsache – jeder Kanton kämpft damit –, dass in gewissen Bereichen die Kosten einfach steigen, ohne dass wir etwas dazu beitragen. Höchstens im Privaten kann man vielleicht etwas dazu beitragen. Was ich damit sagen will: Wir brauchen konkrete Massnahmen und politische Lösungen. Diese führen bekanntlich zu einem harten politischen Diskussionsbedarf, wie dies zum Beispiel anlässlich der Angebots- und Strukturüberprüfung 2014 (ASP 2014) der Fall war, aber auch beim Entlastungspaket 2018 vom letzten November. Und diese Diskussionen müssen wir als Politikerinnen und Politiker aushalten können. Diese müssen wir führen und gemeinsam zu Lösungen kommen. Dafür braucht es *keine* Ausgabenbremse. Es braucht dafür keinen zusätzlichen Paragraphen, sondern nur den politischen Willen, wirklich etwas gegen diese Kostenerhöhungen zu unternehmen. Ich bin eine starke Verfechterin unserer Schuldenbremse. Diese hat sich bewährt. Wir müssen aber gut achtgeben, dass wir die Fuder nicht mit zusätzlichen Dingen überladen. Würde diese Motion angenommen, wäre dies der Fall. Der Regierungsrat lehnt diese Motion ab. Ich möchte noch ganz klar festhalten, dass wir sie aus den vorgenannten Gründen ablehnen und nicht, weil wir nicht kostenbewusst handeln wollen, sondern weil uns ein solches Konstrukt nur schaden würde und den Kanton Bern nicht einen Millimeter weiterbrächte. Ich bitte Sie, diesen Vorstoss ebenfalls abzulehnen.

Präsident. Der Motionär wünscht noch einmal das Wort, Grossrat Krähenbühl.

Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (SVP). Ich beginne bei der Finanzdirektorin. Habe ich es vorhin richtig verstanden? – Sie haben sinngemäss gesagt, dass wenn das Instrument tauglich wäre, dann hätten es andere Kantone eingeführt. Wenn ich Ihre Antwort lese, ist dem nämlich so. Es gibt zwei Kantone. «Von den 26 Kantonen kennen im Übrigen heute nur gerade deren zwei eine reine Ausgabenwachstumsbremse im Sinne der Motionäre. Es handelt sich dabei um die Kantone Graubünden und Thurgau.» Es gibt also Kantone, die dieses Instrument haben. Dies kann man so nicht stehen lassen. Es sind nicht unbedingt Kantone, die sich strukturell gross von unserem Kanton unterscheiden. Gerade Graubünden, aber auch der Thurgau sind ländliche Kantone, Kantone mit viel Randregionen und so weiter. Dies zu dem, ich kann es so nicht stehen lassen. Es gibt ein solches Instrument, und es ist eingeführt.

Ich habe sonst noch zwei, drei Punkte. Fremdbestimmte Ausgaben, Kollege Kipfer, ich musste dort vorher abbremsen, weil ich die Redezeit überschritten hatte. Noch einmal zuhänden der Finanzdirektorin: Es gibt sie,

und es gibt solche, die vom Bund aus vorgegeben sind. Es gibt aber auch eine Reihe von fremdbestimmten Ausgaben, welche sogenannten gebunden sind, die wir selber binden, so beispielsweise das ganze FILAG-Konstrukt. Wir fanden zwar, wir wollten dieses nicht öffnen. Okay, aber Tatsache ist, dass dort gebundene Ausgaben enthalten sind, welche wir binden. Die Sozialhilfe – wir haben hier drin die Revision des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG) beschlossen –, das sind eigentlich auch gebundene Ausgaben, die wir aber insofern beeinflussen, als wir den Grundbedarf ein wenig gesenkt haben. Dort kann man schon etwas tun. Nicht jede gebundene Aufgabe ist einfach gottgegeben. Wir binden sie selber.

Kollege Alberucci, Sie haben mich vor allem etwas herausgefordert. Ich glaube, Sie haben es nicht ganz begriffen. Entschuldigen Sie, Sie sind schlau, aber Sie haben es nicht begriffen. Die Schuldenbremse sorgt zwar dafür, dass die Ausgaben und Einnahmen im Gleichgewicht sind, aber sie sagt nichts über das Niveau aus. Sie können sogar die Steuern erhöhen, müssen diese vielleicht sogar erhöhen, um diese einzuhalten, aber Sie kommen nicht weiter. Wir kommen nicht aus dem Dilemma der hohen Steuerbelastung hinaus. Wir kommen nicht herunter, weil die Schuldenbremse nur für Stabilität auf hohem Niveau sorgt. Da schaue ich nun wirklich die glp und die BDP an. Diese haben sich in dieser Session mit Vorschlägen profiliert, um den Kanton zu dynamisieren. Demnach bestehe aus Sicht der glp offenbar irgendwie einen Zusammenhang mit dem Jurasitz. Ich glaube, hier gibt es einen Vorschlag, mit dem wir wirklich vorwärts machen können, welcher letztlich auch für den Regierungsrat ein Planungsinstrument wäre. Der Regierungsrat macht schliesslich das Budget. Damit können wir ihn ein wenig in die Pflicht nehmen.

Noch ein Wort zu Jakob Etter zur Ausgabenexplosion. 2006 sprechen wir von Kantonausgaben von 8,865 Mrd. Franken, 2016 von 10,66 Mrd. Franken. Dies sind 20,3 Prozent, dies ist eine Explosion, entschuldigen Sie. Ich habe geschlossen. Die Motion bleibt bestehen. Bürgerliche Parteien, outen Sie sich doch einmal!

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung über diese Motion. Wer diese annehmen will, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	66
Nein	78
Enthalten	5

Präsident. Sie haben die Motion abgelehnt mit 78 Nein- gegen 66 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen.